Ausgabe für Berlin und Umgegend.
Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentägl. zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: Jeb Montag „Reiseheil", jeb. Mittwoch „Technische Rundschau", jeb. Donnerstag u. Sonntag illust. Halbwochenschrift „Der Welt-Spiegel", jeb. Freitag das illust. Witzblatt „U.L.K.", jed. Sonnabend „Haus Hof Garten"; täglich „Sportblatt", „Zentralmarkt für den Grundstücks-, Hypotheken- u. Geldverkehr". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Norwegens, Rußlands u. der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzb. d. d. Exped. d. Bl. möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 6 M. exkl. Zustellungsgebühr. Ausland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatl. 2,10 M., vierteljährlich 6,30 M. frei ins Haus. Direkt unter Kreuzband monatl.: fürs Ausland 8 M., fürs Inland 6 M. In Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition, SW 19, Jerusalemer Str. 46-49, Fernspr. Amt Zentrum, Nr. 10131-10142, sowie bei nebenstehend aufgeführten Filialen.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile 90 Pf. („General-Anzeiger" 60 Pf., „Wohnungs-Anzeiger" 50 Pf.). Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Str. 46-49 und deren Filialen: Leipziger Str. 103, Potsdamer Str. 33, Königstr. 56/57, Rosenthaler Str. 40/41, Schönhauser Allee 14, Moritzplatz, Rathenower Str. 8, Turmstr. 61, Schiffbauerd. 4, Gr. Frankf. Str. 31, Frankf. Allee 61/62, Blücherstr. 69, Wiener Str. 16, Jerusalemer Allee 54, Fennstr. 1, Badstr. 53, Charlottenburg: Zamenzplatz 2, Kantstr. 34, Schorlemerstr. 30, Nürnberger Str. 25/26, Friedenau: Rheinstr. 19, Hohenstaufenstr. 2, Grunewald: Henriettenplatz, Prechtlerstr., Frankfurterdamm 130, Pichelsberg 1, Neukölln: Berliner Str. 41, Pankow: Borkholmer Str. 1, Schöneberg: Hauptstr. 23/24, Martin-Luther-Str. 9, Steglitz: Albrechtstr. 130, Tegel: Berliner Str. 99, Tempelhof: Berliner Str. 147, Wilmersdorf: Uhlandstr. 28/29, in der Provinz: Brandenburg a. H.: Steinstr. 1, Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 5, Potsdam: Brandenburger Str. 23, Spandau: Breite Str. 47, Stettin: Paradeplatz 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Nr. 275
43. Jahrgang

Mittwoch
3. Juni 1914

Hierzu die Wochenbeilage
Technische Rundschau No. 22.

Die Baseler Tagung.

Von
Dr. Ludwig Haas-Karlsruhe,
Mitglied des Reichstages.

Vor einem Jahre waren wir auf der Berner Konferenz mit den französischen Senatoren und Abgeordneten beisammen gewesen. Wir waren zu der Berner Konferenz in dem Gefühl gefahren, daß es sich nur um einen Versuch handeln könne. Wir nahmen Abschied von Bern in dem Bewußtsein, daß die Konferenz wertvolle Arbeit geleistet, daß sie in den Parlamentariern der beiden Länder und damit in beiden Völkern den Glauben an den gegenseitigen Willen zum Frieden gestärkt und den Weg zu einer dauernden Verständigung eröffnet habe. Schmerzlich aber war uns, daß Deutschland auf der Berner Konferenz viel schwächer vertreten war als Frankreich. Allzusehr brauchte allerdings diese Tatsache nicht in Rechnung gestellt zu werden, weil wir das sichere Bewußtsein hatten, daß in Deutschland, von einigen Narren und Schwätzern abgesehen, niemand feindselige Gefühle gegen Frankreich hegt.

Die Arbeit von Bern wurde fortgeführt. Zweihundertundacht deutsche Reichstagsabgeordnete haben sich auf den Boden der Berner Konferenz gestellt. Hinter den Deutschen, die jetzt in Basel sich mit den französischen Ausschußmitgliedern zu einer Besprechung vereinigten, steht die ganze sozialdemokratische und fortschrittliche Fraktion. Hinter ihnen stehen aber auch vierzig Abgeordnete des Zentrums, neun Elsaß-Lothringer und einige Herren der nationalliberalen Fraktion. Heute schon steht also mehr als die Hälfte des deutschen Reichstags auf dem Boden von Bern, und will nicht nur den Frieden mit Frankreich, sondern bewußte Arbeit zum Zwecke einer dauernden Verständigung. Wir wissen aber auch, daß in Bälde noch andere Abgeordnete sich uns anschließen werden, und daß auch die, die uns fern bleiben, nicht von feindseligen Gefühlen gegen Frankreich beseelt sind, sondern nur unsere Arbeit für zwecklos halten. Das Ziel, das wir erstreben, begrüßt gewiß die überwältigende Mehrheit des deutschen Reichstags. Wir aber haben in uns den guten und starken Glauben, daß unsere Arbeit erfolgreich sein wird.

Inzwischen haben auch die französischen Wahlen gerade die Parteien gestärkt, die den Frieden wollen und die chauvinistischen Treibereien bewußt und energisch ablehnen. Die Mehrheit des französischen Parlaments will die Verständigung mit Deutschland. Hinter den beiden Parlamenten aber steht der starke Wille der beiden Völker. Franzosen und Deutsche begreifen, daß historische Vorurteile überwunden werden können, daß das Mißtrauen beide Völker schädigt, und daß eine aufrichtige Verständigung beiden Völkern nützt, daß sie aber auch gleichzeitig eine Garantie für den europäischen Frieden und für die europäische Kultur wäre.

Gelegentlich wurde gesagt, daß heikle Probleme zwischen Frankreich und Deutschland bestehen, und daß vor allen Dingen die elsaß-lothringische Frage nicht erörtert werden dürfe. Das ist ein Irrtum. Schon die Resolution, die in Bern gefaßt wurde, erklärt, daß gemäß dem Willen des elsaß-lothringischen Landtages die beiden Kulturvölker um Elsaß-Lothringen keinen Krieg miteinander führen dürfen, und daß die Verständigung zwischen den beiden Völkern gerade von Elsaß-Lothringen gewünscht werde. Aber auch ohne jede Resolution wäre unseren französischen Freunden bewußt, daß Deutschland nicht etwa nur auf Grund der historischen Tatsache des Krieges von 1870/71 und auf Grund des Frankfurter Friedens, sondern vor allem auf Grund des deutschen Volkstums der weitaus größten Mehrheit der Elsaß-Lothringer immer diese Länder für sich beanspruchen muß. Traten sie mit uns in Verhandlungen ein, so geschah das in der Ueberzeugung, daß eine Verständigung möglich ist ohne jede Erörterung der elsaß-lothringischen Frage. Wir haben aber auch die sichere Hoffnung, daß Elsaß-Lothringen immer mehr mit Deutschland verwachsen wird. Wenn weiterhin Fehler der Regierung und der Militärgewalt in Elsaß-Lothringen vermieden werden, wenn man begreift, um mit den Worten des Reichskanzlers zu sprechen, daß man aus dem süddeutschen Reichsländer keinen norddeutschen Preußen machen kann, wenn man Rücksicht nimmt auf die Eigenart und die Freiheitsliebe dieses süddeutschen Volksstammes, dann werden die Bande so eng werden, daß selbst nationalistische Fanatiker in Frankreich eine Erörterung über die elsaß-lothringische Frage als zwecklos aufgeben werden. Deutschland würden wir nützen, und in Frankreich würden wir uns Sympathien erwerben, wenn wir endlich den Glauben zerstören würden, als ob Elsaß-Lothringen als erobertes Land behandelt werde.

In Basel sind wir einen guten Schritt vorwärts gekommen. Bis jetzt versammelten wir uns auf dem gastlichen Boden der Schweiz, die an einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland in ganz besonderer Weise interessiert ist. Nun haben wir beschlossen, noch in diesem Jahre und am gleichen Tage in einer französischen und in einer deutschen Stadt zwei Konferenzen zu veranstalten, auf denen sich deutsche und französische Parlamentarier in Frieden und Freundschaft, wie in Bern und in Basel, die Hand reichen, und wo sie gemeinsam arbeiten wollen, um das Werk der Verständigung weiterzuführen. Die Franzosen scheuen sich nicht, zu uns zu kommen und wir gehen mit derselben Freude und derselben Hoffnung nach Frankreich. Die beiden Völker werden diese Tagungen gewiß lebhaft begrüßen. Sie werden nicht auf das törichte Gerede bösartiger Chauvinisten hören, sondern auf die Stimme der Vernunft und auf die Mahnung der Menschlichkeit und der Kultur. Die beiden Länder haben sich gegenseitig viel geistiges und wirtschaftliches Gut gegeben. Wir haben einen unendlichen gemeinsamen Besitz an meßbaren und unmeßbaren Werten französischen und deutschen Geisteslebens. Auch heute dienen wir einander; noch mehr könnten wir uns gegenseitig und noch mehr könnten wir der Menschheit sein, wenn wir eine völlige Verständigung geschaffen hätten. Aber auch innerpolitisch würden wir uns erleichtern und einen Teil jener Lasten von uns abwälzen können, die nur das gegenseitige Mißtrauen nötig machte. Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik werden wir freier sein, wenn Europa die angeblich traditionelle Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich bei allen Erwägungen nicht mehr in Rechnung stellen kann. Die Einsichtigen aber, auch außerhalb von Deutschland und Frankreich, werden unserer Arbeit Erfolg wünschen; denn keine stärkere Friedensgarantie kann für Europa geschaffen werden, als gerade diese Verständigung.

Die ganz Klugen, die nur mit Ziffern und Zahlen rechnen wollen und den Wert von Stimmungen nicht erkennen, halten unsere Hoffnungen für eitel. Aber schon das wird wertvoll sein, wenn endlich einmal bewußt in beiden Ländern darauf hingewiesen wird, daß auch jenseits der Grenze ein starker Friedenswille vorhanden ist und wenn der Verbreitung chauvinistischer Nachrichten aus dem andern Lande energisch entgegengearbeitet wird. Das törichteste Gerede und der einfältigste Hetzartikel eines einflußlosen Menschen oder eines Blattes ohne Leserkreis wird heute im andern Lande systematisch verbreitet. Wenn wir Gutes von einander sprechen, wenn die Völker ihren Friedenswillen betonen, findet das nicht dieselbe Verbreitung. Hier kann viel gute Arbeit geleistet werden. Mehr aber als das wiegt die Tatsache, daß die Mehrheit der beiderseitigen Parlamente, Männer, hinter denen starke Massen der beiden Völker stehen, sich gegenseitig besuchen und vor der ganzen Welt erklären, daß die alten Vorurteile überwunden werden müssen und daß sie die Verständigung im Interesse der beiden Länder fordern. Die Völker werden immer mehr erkennen, daß die wahren Vaterlandsfreunde den Frieden erstreben und daß nur die Feinde des Volkes den frevelhaften Mut besitzen, die beiden Kulturnationen zu verhetzen. Es ist keine auswärtige Politik mehr möglich gegen den Volkswillen. Tritt erst einmal der starke Friedenswille der beiden Völker kraftvoll in die Erscheinung, dann wird auch bei den Diplomaten, die zu sehr mit der Vergangenheit und zu wenig mit der Zukunft rechnen, das gegenseitige Mißtrauen schwinden. Dann aber wird auch der Augenblick kommen, da die Männer, die die auswärtige Politik führen, dem Beispiel der Parlamentarier der beiden Länder folgen, um sich auszusprechen nicht über die Vergangenheit, sondern über die Zukunft. Diese Zukunft, wenn sie glücklich sein soll, fordert die Verständigung. Ob sie in irgendwelche Formen und Verträge eingekleidet wird, ist eine untergeordnete Frage. Stärker als alle Verträge ist der Wille der Völker, der heute schon den Frieden und die Verständigung begrüßt, der gestärkt wurde durch Bern und durch Basel, und dem wir deutlich Ausdruck verleihen, wenn wir uns nun in Frankreich und in Deutschland gegenseitig besuchen.

Wir sind keine Optimisten. Die Zukunft wird uns noch manche Schwierigkeit bringen, die wir überwinden müssen, ehe wir am Ziele unserer Wünsche sind. Aber der gute Wille vermag alles. Der gute Wille, der hier der gute Wille der Völker ist, wird stärker sein als die Unvernunft törichter Chauvinisten.

Ein politisches Duell des jungen Maura.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Madrid, 2. Juni.

Die Ohrfeigenaffäre, die sich vor einigen Tagen in den Wandelgängen der Kammer zwischen dem jüngeren Maura und dem republikanischen Abgeordneten Soriano abspielte, fand heute mittag ihren Abschluß durch ein Säbelduell, das in der Villenkolonie Ciudad Lineal vor den Toren Madrids ausgefochten wurde. Beide Gegner wurden verwundet. Soriano hat nicht unerhebliche Verletzungen am Kopf davongetragen. Zu einer Versöhnung der Gegner ist es nicht gekommen.

*

Wie aus Lissabon gemeldet wird, fanden **in Coimbra blutige Raufereien** infolge der monarchischen Kundgebungen eines Studenten im Laufe des gestrigen Tages statt, bei denen zwei Personen getötet und mehrere verletzt wurden.

Die Herrschaft der Rebellion in Mexiko.

Mordtaten Villas und Huertas.

(Kabel-Telegramme unserer Korrespondenten.)

Veracruz, 2. Juni.

Die Verwirrung in ganz Mexiko wird immer größer. Tausende von Flüchtlingen sind aus Saltillo hier eingetroffen. In San Louis Potosi herrschen große Hungersnot und Wassermangel. Orozco, ein Sohn des Hauptführers in der Rebellion gegen Madero, der bekanntlich von Zapata ermordet worden ist, und Caraveo sind als Führer irregulärer Truppen auf Befehl Villas füsiliert worden. Sieben Studenten der Ackerbauschule in der Stadt Mexiko, Knaben im Alter von 15 bis 17 Jahren, sind in Santa Julia, einem Vorort der Hauptstadt, gestern erschossen worden. Die Tat hat in ganz Mexiko große Erregung hervorgerufen. Der Schluß des mexikanischen Kongresses, der am Sonnabend in geheimer Sitzung bis 2 Uhr nachts getagt hat, ist um zehn Tage hinausgeschoben worden.

New-York, 2. Juni.

Da die Zulassung der Vertreter Carranzas zur Niagarakonferenz weiter auf ernste Schwierigkeiten stößt, scheint die ganze Friedensvermittlung hoffnungsloser als je. Die von den Vermittlern als unerläßlich bezeichnete Bedingung, daß die Vereinbarung eines Waffenstillstandes der Teilnahme von Carranzas Delegierten vorangehen müsse, scheint den Konstitutionalisten völlig unannehmbar, und hier droht der ganze Vermittlungsplan zu scheitern. Andererseits ist Huerta mit der Einsetzung eines provisorischen Präsidenten bis zu den Neuwahlen nicht einverstanden. Aufsehen erregt hier die Nachricht, daß der amerikanische Dampfer „Antilla", mit dreimillionen Patronen für die Konstitutionalen an Bord, und ordnungsmäßigen Klarierungspapieren von Brooklyn nach Tampico gefahren ist. Außer der Munition führt der Dampfer auch einen Kriegsdrachen für die Rebellen an Bord.

Der Rücktritt des Kabinetts Doumergue.

Befriedigung auf der Rechten. — Viviani noch nicht berufen. — Briand sucht Anschluß.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 2. Juni.

Die Versicherungen in dem Communiqué des Herrn Doumergue über seinen Rücktritt „nach Beendigung seiner Aufgabe" sind natürlich nur schöne Floskeln, durch die ein nicht eben heldenhafter Rückzug vor der Schlacht beschönigt werden soll. Die wahre Aufgabe des Kabinetts Doumergue begann erst jetzt, da es galt, die Majorität der Linken im Parlament festzustellen und aufzubauen. Wenn Doumergue noch zweifeln sollte, daß sein Schritt der republikanischen Sache nicht diente, so kann ihn ein Blick in die Presse oder in die sehr bewegten Wandelgänge der Kammer eines besseren belehren. Gerade die reaktionären Organe sprechen jetzt eifrig seiner Weisheit und Einsicht das Lob aus, das sie ihm während der fünf Monate seiner Ministerherrlichkeit nicht gönnten. Auf der Linken aber und bei den Sozialisten herrscht Verlegenheit. Es ist ja sicher, daß der Regierungswechsel keinen Systemwechsel bedeutet, wenigstens keinen Wechsel nach rechts, aber er dürfte so ausgelegt werden. Der „Temps" macht heute erneut Stimmung für die Aufrechterhaltung der dreijährigen Dienstzeit. Er läßt sich berichten, daß der Generalissimus Joffré gesonnen sei, sofort seine Demission einzureichen, wenn das dreijährige Dienstgesetz abgeschafft werden sollte. Das Blatt nimmt auch lebhaft den Präsidenten der Republik in Schutz, dessen kriegerische Worte in St. Brieuc und Rennes von sozialistischer Seite als unkonstitutionell angegriffen worden sind. Der Präsident Poincaré hat den ganzen Nachmittag über gearbeitet und mit dem Kammerpräsidenten Deschanel und dem Senatspräsidenten Dubost beraten. Seine Aufgabe ist sehr schwierig, da ihm ja nicht die klaren Ziffern einer Kammerabstimmung als Wegweiser vorliegen, sondern nur die Entscheidung der allgemeinen Wahlen, die sehr verschieden gedeutet werden können. Herr Viviani ist bis zum Abend nicht berufen worden, und darauf gründet sich vermutlich das Gerücht, das am Abend durch die Kammercouloirs lief, daß die Aussichten Vivianis schlechter geworden seien. Da der Name des zukünftigen Ministerpräsidenten noch nicht feststeht, sind natürlich alle Angaben über seine Mitarbeiter Makereien. Nur der Vollständigkeit halber sei angegeben, daß gerade für den Posten des Aeußern die zahlreichsten und interessantesten Kandidaten genannt werden. Außer Ribot und Bourgeois nennt man jetzt sogar Georges Clemenceau, der Viviani politisch nahesteht. In den Wandelgängen wurde heute nachmittag erzählt, Briands berühmte „Föderation der Linken" wolle sich auflösen. Das Gerücht ist nicht ganz unwahrscheinlich, und der Vorgang wäre so zu erklären, daß Briand sich nicht weiter durch seine Verbindung mit reaktionären Elementen kompromittieren will. Schon seit längerer Zeit hieß es, daß dieser wandlungsfähige Politiker gesonnen sei, das Organ, das er selbst gebildet, wieder aufzuheben, und einen Anschluß an die Radikalen suchen wolle. Der Ausfall der Wahlen und die Aussichten auf eventuell bevorstehende zahlreiche Ministerkrisen werden ihn in dieser löblichen Absicht bekräftigt haben.